Vossische Zeitung
11./IV. 1919
II
40

№ 186 Freitag (Morgen) Zweite Beilage zur Vossischen Zeitung. 1919 11. April

Brockdorff-Rantzau und Payer über Außenpolitik.

Kundgebung der Nationalversammlung für einen Rechtsfrieden.

Deutsche Nationalversammlung.

34. Sitzung vom 10. April.

(Fortsetzung des Berichts aus dem gestrigen Abendblatt.)

Ministerpräsident **Scheidemann** (fortfahrend): Ich mache Ihnen keine wüste Phantasiefratze vor. Ich will aus der bolschewistischen Bewegung keinen Kinder- und Bürgerschreck machen. Ich halte mich an Tatsachen, an Lenins Bekenntnis zum Bürgerkrieg, an Radeks Aufforderung zum gemeinsamen Kampf gegen die Entente am Rhein, an den Bündnisbeschluß der Münchener Räterepublik und an den Beschluß des Kommunistenkongresses, die neue Heilslehre der Sowjets mit Feuer und Schwert durch die Welt zu tragen. An diese Tatsachen halte ich mich, wenn ich dem deutschen Volke zurufe: Wacht auf, seht um Euch, erkennt den Abgrund, der sich vor Euch, Euren Kindern und unser aller Zukunft auftut! Hier darf es keine Parteiunterschiede geben, einig sein in der Abwehr der Räterepublik heißt, sich zusammenfinden in der großen, das ganze Volk zusammenfassenden Partei, deren einziger Programmsatz lauten muß: Erst und vor allem Frieden. (Beifall.) Während wir hier über die Zukunft der Republik beraten, tagt in Berlin der zweite Rätekongreß. Wir begleiten seine Verhandlungen mit Interesse und mit den besten Wünschen. Er soll nach dem Willen seiner Einberufer dem Wohl der deutschen Zukunft dienen. Möge er den gleichen Weg gehen wie die Reichsregierung, indem sie aus dem Rätegedanken das Beste, für unser Volk Zweckdienlichste entnimmt und nutzbar macht. Eine schwere Verantwortlichkeit liegt auf seiner Tagung. Möge er sich klar darüber sein, daß man geistige Bewegungen nur mit geistigen Waffen bekämpfen, aber geistige Neuerungen auch nur auf geistigem Wege einleiten kann. Der Sozialismus kann einem Volke ebensowenig aufgezwungen werden, wie uns Deutschen je eine Reaktion wieder aufgezwungen werden kann. (Beifall.) Wir wollen der wirtschaftlichen Demokratie den Weg öffnen, wir wollen ihr die notwendigen Organe schaffen und die Sozialisierung so einleiten, daß sie eine Quelle der Wohlfahrt, nicht einen Spaltpilz der Zersetzung bildet. Aber während wir so dem Bolschewismus den Nährboden entziehen, bleibt uns nichts anderes übrig, als seine gewaltsamen Ueberrumpelungsversuche gewaltsam abzuwehren. (Beifall.) Es ist nicht unsere Schuld, wenn das Wort Gewalt noch nicht aus dem Wörterbuch unseres Volkes verschwinden kann. Helfen Sie uns, daß es bald verschwinden kann, daß es nicht verewigt wird in seinem schlimmsten Begriff, dem Gewaltfrieden. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. **Pfeiffer** (Ztr.): Unser Volk sehnt sich nach Frieden. Wir wissen noch nicht wann er geschlossen werden wird, hoffen aber, daß es bald geschehen möge. In diesem Augenblick drängt es uns, einen Appell an das Weltgewissen zu richten. Wir stehen am Ende des fürchterlichsten Krieges der Weltgeschichte und erst eine spätere Zeit wird erkennen, was in diesem Kriege von unserem Volke an Tapferkeit, Selbstzucht und Aufopferung der ganzen Persönlichkeit geleistet worden ist. (Allseitige Zustimmung.) Schwere Bedingungen hat uns der Waffenstillstand auferlegt. Je länger er dauert, desto mehr wächst die Begehrlichkeit unserer Feinde. Komme was kommen mag, das Wort bleibt in alle Ewigkeit bestehen: Germania docet, Deutschland ist eine Lehrmeisterin. Dieses Wort kann durch kein Schwert aus dem Buch der Geschichte ausradiert werden. Um diesen Ruhm kann uns niemand bringen. Ein Gewaltfriede würde den Keim zu neuen Kriegen in sich tragen, die ja nicht gleich zu kommen brauchen, die aber kommen müssen. Für den Frieden erheben wir drei Forderungen, ohne die es eine Einigung nicht geben kann: Räumung des besetzten Gebietes sofort bei Friedensschluß (Beifall), Rückgabe unserer Gefangenen (wiederholter lebh. Beifall) und Aufhebung der Blockade. (Stürmischer Beifall.) Die Räumung der besetzten Gebiete! Heute ist die beste Garantie, die wir unseren Feinden bieten können, der demokratische Wille des ganzen deutschen Volkes zum Frieden. (Beifall.) Die Rückgabe unserer Gefangenen haben wir bereits einstimmig gefordert. Diese Gefangenen sind das heilige Eigentum, das wir besitzen. Es widerspricht den Gesetzen der Menschlichkeit und der Kultur, daß unsere Gefangenen weiterhin zurückbehalten werden sollen. (Zustimmung.) Die Aufhebung der Blockade muß erfolgen, damit das unwürdige Schauspiel des Hungerkrieges ein Ende nimmt.

Wir haben uns zu den 14 Punkten Wilsons bekannt, aber gerade auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes sprechen wir aus, daß alle besetzten Gebiete, alles was im Osten oder Westen abgetreten werden soll, streitbar und beweisbar deutsche Gebiete sind. Das gilt trotz mancher Fremdtümelei für Elsaß-Lothringen, das gilt erst recht für die Pfalz, für das Rhein- und für das Saarbecken. Wenn der Gedanke der linksrheinischen Republik entstehen konnte, so nur aus der Erwägung, daß man unter allen Umständen dem Reiche treu bleiben wollte, wenn es nicht mözlich werden sollte, bei Preußen zu bleiben. (Sehr richtig!) Im Namen meiner linksrheinischen Freunde spreche ich es erneut aus, daß sie in dieser schweren Schicksalsstunde unseres Volkes alle Sonderwünsche zurückstellen und unerschütterlich auf dem Standpunkte stehen, daß sie deutsch bleiben wollen. (Stürmischer Beifall.) Wenden wir uns nunmehr nach dem Osten, nach Oberschlesien, nach Posen, nach Danzig, so sind auch das deutsche Gebiete. Es ist neulich eine amerikanisch-englische Studienkommission im Osten gewesen; diese Kommission ist erstaunt gewesen, zu sehen, daß in Posen von polnischer Kultur nicht die Rede sein kann. Das oberschlesische Gebiet ist rein deutsches Kulturgebiet, und wo hier und da das polnische Nationalgefühl aufflammt, ist es erst künstlich hineingetragen worden. Die schon genannte Untersuchungskommission ist zu dem Ergebnis gekommen, daß die Kultur Oberschlesiens vollkommen deutsch sei und daß Oberschlesien deshalb bei Deutschland bleiben müsse. Das ist auch unsere Meinung. Wenn wir so die Unantastbarkeit unseres deutschen Gebietes verlangen, so verlangen wir auch, daß im Friedensschluß uns unsere Kolonien nicht weggenommen werden. (Lebhafter Beifall.) Unsere Kolonien sind nicht nur ein wirtschaftlicher Faktor, sondern sie sind für uns ein nationaler Ehrenpunkt. (Lebhafter Beifall und Zustimmung.) Aber der kommende Friede soll uns auch eine andere Belastung bringen, nämlich die finanzielle, und dabei spielt die Frage der Wiedergutmachung des angerichteten Schadens eine große Rolle. Wir haben uns bereit erklärt, den angerichteten Schaden wieder gutzumachen, aber diese Wiedergutmachung darf nicht erfolgen auf Grund phantastischer Zahlengebäude, die unsere Gegner einseitig aufrichten, sondern auf Grund der Listen, die wir geführt haben, und die wir vorlegen werden. (Beifall.) Es ist geradezu zum Lachen, wenn man sich den Größenwahn der belgischen Finanzleute vor Augen hält, die 30 Milliarden den Schadenersatz von Deutschland beanspruchen. Dabei hat nach Höchstschätzungen unmittelbar vor dem Kriege das ganze belgische Nationalvermögen nur 27 Milliarden betragen. (Hört! Hört!).

Nach dem materiellen Inhalt der Friedensbedingungen spielt der Völkerbund Wilsons eine große Rolle. Wenn dieser Völkerbund zustande kommt, so muß Deutschland als vollberechtigtes Mitglied in diesem Völkerbund aufgenommen werden, und zwar ohne die moralische Quarantäne. Unsere Feinde wenden ein, das deutsche Volk sei am Krige schuldig, und wenn wir Sieger geblieben seien, so würden wir es auch nicht anders gemacht haben. Den Beweis für diese beiden Behauptungen bleibt man schuldig. Ich muß bei dieser Gelegenheit mein tiefstes Bedauern aussprechen, daß es in Deutschland Männer gibt, die glauben, uns die Schuld am Kriege aufbürden zu sollen (Sehr richtig! und lebhafte Zustimmung im Zentrum und rechts), vielleicht in der wohlgemeinten Auffassung, daß das Eingeständnis unserer Schuld unsere Feinde milder stimmen würde. Aber das ist eine vollkommen naive und verfehlte Spekulation. Wenn man auf die Rüstungen Deutschlands verweist, so soll demgegenüber die Tatsache festgestellt werden, daß unmittelbar vor Kriegsausbruch für Rüstungen bei uns 87 Frcs. auf den Kopf der Bevölkerung ausgegeben wurden, in Frankreich dagegen 57 Frcs. (Hört, hört!)

In dieser Gesinnung und in dieser Stimmung sehen wir den Friedensverhandlungen entgegen. Ich warne allen Ernstes in dieser Schicksalsstunde unseres Volkes unsere Feinde. Es kann die Zeit kommen, wo wir erklären: Nein, diesen Frieden der Gewalt und des Zwanges unterschreiben wir nicht. (Stürmischer Beifall und Zustimmung.) Ich möchte diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne den Söhnen und Brüdern unseres Volkes, die sich in dieser schweren Zeit zur Verfügung gestellt haben, um wieder Ruhe und Ordnung zu schaffen, unseren aufrichtigsten Dank auszusprechen. (Lebhafter Beifall im Zentrum und rechts.) Die Tatsache, daß der Bolschewismus in Bayern Fuß gefaßt hat, ist nicht mehr eine Angelegenheit, die Bayern allein angeht, sondern es ist die Pflicht des Reiches und aller deutschen Bundesstaaten, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. (Sehr richtig.) Es wird schließlich nichts weiter übrig bleiben, als daß das bayerische Volk zur Selbsthilfe aufgerufen wird, um sich von dieser „Schwabingerei" zu befreien, die von Fremdlingen nach Bayern hineingetragen worden ist, die von bayerischem Wesen auch nicht das mindeste an sich haben. (Sehr richtig! u. Zustimmung i. Ztr.)

Die neue Zeit bringt neue soziale Forderungen. Der Sozialisierungsgedanke wird von vielen falsch verstanden. Materielle Dinge lassen sich sozialisieren, geistige nicht. (Sehr wahr!) Das Wort „Rätesystem" erfreut sich nicht des besten Klanges, aber man kann ihm einen guten und besseren Gehalt geben. Der jetzige Regierungsvorschlag zur Einfügung des Rätesystems in die Verfassung ist kein Verlegenheitsprodukt. Er ist eine unumgänglich notwendige soziale Forderung, die uns in ihrem sachlichen Grundgehalt durchaus berechtigt erscheint. (Sehr richtig! i. Ztr.) Das Rätesystem ist die Krönung des Werkes der Gewerkschaften, aber die Gewerkschaften müssen auch ferner beibehalten werden. Die politische Arbeit muß bei der Volksvertretung bleiben, aber wirtschaftliche Fragen können durch das Räteparlament besser ausgearbeitet und vertieft werden. Von sämtlichen Parteien des Hauses wird eine gemeinsame Willenskundgebung der Nationalversammlung ins Land hinausgehen. Wenn wir so das Trennende unserer Auffassungen über Politik und Wirtschaftsleben zurückstellen, dann werden wir dadurch unseren Forderungen dem Feinde gegenüber mehr Nachdruck verleihen. (Lebh. Beifall i. Ztr.)

Abg. **Hoch** (Soz.): Ein wirklicher Friede ist nur dann erreicht, wenn es ein Friede des Rechtes ist, wenn unser Volk ohne Vergewaltigung aus dem Kriege hervorgeht. Wenn die Vergewaltigungsabsichten in feindlichen Völkern der Angst entspringen, daß in Deutschland der Militarismus wieder erstarken könnte, so ist das eine falsche Rechnung. Die anderen Völker sollten erkennen, daß in Deutschland der Militarismus für alle Zeiten beseitigt ist, wenn wir zu einem gerechten Frieden kommen. (Beifall.) Ich begrüße die Einrichtung eines Staatsgerichtshofes. Die Schuldigen werden sich wie in allen anderen Völkern so auch in unserem Volke finden. Schandtaten sind fraglos während des Krieges vorgekommen bei allen Heeren, auch bei unserem Heere. Ich erinnere daran, daß bei der Erschießung des englischen Kapitäns die Militärbehörde die dringenden Bedenken des Auswärtigen Amtes gegen die schnelle Urteilsvollstreckung mit den Worten zurückwies: „Wir kennen kein Auswärtiges Amt." (Hört! Hört!) Ebenso wie den Frieden mit der Entente erstreben wir auch Frieden mit dem benachbarten russischen Volke. Ich frage die Regierung, ob es richtig ist, daß die russische Regierung ausdrücklich und auf das bestimmteste unserer Regierung erklärt hat, sie sei bereit, Frieden zu schließen und denke nicht daran, ihre Heere über unsere Grenzen zu führen, verlange aber, daß auch unsere Heere innerhalb unserer Grenzen bleiben.

Ebenso wichtig wie der Friede nach außen ist aber auch, daß wir Frieden im eigenen Lande bekommen. Wir müssen dringend bitten, daß die Truppen nicht dort eingreifen, wo es der eigenen Bevölkerung möglich ist, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Die traurigen Erfahrungen der letzten Zeit werden doch auch den letzten Anhängern einer gewaltsamen Minderheitstaktik davon überzeugt haben, daß durch diese Gewalttaten die Revolution nicht gefördert, sondern in jeder Beziehung geschädigt wird. Es ist ein Befehl veröffentlicht worden, der ausging vom Oberkommando Noske, Abteilung 3. In diesem von einem Offizier v. Hoffmann unterschriebenen Befehl wird die Schutzhaft über einen Anhänger des Spartakusbundes verhängt, nur aus dem Grunde, weil der Mann dem Spartakusbunde angehört, der zu Gewalttätigkeiten aufreizt. Der Grund ist nicht etwa der, daß der Verhaftete selbst zu Gewalttätigkeiten aufgefordert hat. (Hört! Hört! b. d. Soz.) Soweit darf man unter keinen Umständen gehen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ich erwarte von der Regierung eine Erklärung, daß solche Befehle ungültig sind, und daß die auf Grund solcher Befehle Verhafteten sofort wieder freigelassen werden.

Die ersten Lebensmittel aus dem Ausland kommen jetzt herein. Man kann sie aber nicht mechanisch nach der Einwohnerzahl verteilen. Auch in vielen Mittelstädten herrscht bittere Not. Das Pfund Mehl soll 2,50 M. kosten. Wer kann denn das bezahlen? Bei solchen Preisen müssen ja Lohnforderungen kommen. Wohnungen für die minderbemittelten Kreise müssen geschaffen werden. Ein schamloser Wohnungswucher macht sich breit. Die Schuldigen gehören ins Zuchthaus.

Die Regierung befürchtet eine Abwanderung der Beamten in die hochbezahlten Industriestellen. — Wir schlagen den umgekehrten Weg ein. Arbeiterräte müssen dafür sorgen, daß in der Industrie nicht mehr zu hohe Gehälter gezahlt werden. Den Satz von der Heiligkeit des Eigentums können wir in dieser schweren Zeit nicht anerkennen. Jeder, der mehr hat, als er braucht, darf dieses Mehr nur noch als Eigentum der Gesamtheit verwalten. Zur Durchsetzung dieser weitgehenden Forderungen brauchen wir eine starke Regierung. Ein Teil selbst der allernächsten Mitarbeiter der Regierung arbeitet nicht mit, sondern gegen die neuen Männer. (Sehr richtig! Links.) Ersatz wird schwer zu finden sein, aber die Schwierigkeiten sind zu überwinden. Wir brauchen die Arbeiterräte als vorwärtstreibenden Faktor. Die Nationalversammlung darf sich dieser Entwicklung nicht entgegenstellen, sondern muß dafür sorgen, daß sie sich in Formen vollzieht, die der Gesamtheit zum Segen gereichen. (Beifall bei den Soz.)

Um ½2 Uhr wird die Weiterberatung auf ¼4 Uhr vertagt.

Nach der Pause nimmt das Wort Reichsminister des Aeußeren

Graf Brockdorff-Rantzau:

Seit meiner Programmrede vom 14. Februar hat sich die Lage nicht wesentlich geändert. Zwar ist der Krieg noch immer nicht beendet, aber man darf annehmen, daß der Friede vor der Tür steht. Die Friedensarbeit fällt zusammen mit meinen Plänen für die Reform des auswärtigen Dienstes. Wir brauchen einen möglichst vollkommenen Apparat, um aus der unerhört schweren Lage, in der sich Deutschland befindet, zu einem erträglichen Frieden zu gelangen. Wir dürfen nicht zu hoffnungsvoll sein, brauchen aber auch nicht zu verzweifeln. Unsere Gegner haben uns während des Winters durch die immer maßloseren Forderungen ihrer Presse zu erschrecken und an das Schlimmste zu gewöhnen versucht. Jetzt hört man mildere Töne. Jetzt wird erklärt, Deutschland werde überrascht sein, wie maßvoll die Forderungen sind, die man zu stellen gedenkt. Wir wollen uns weder durch die düsteren noch durch die freundlicheren Zukunftsbilder aus der Stellung drängen lassen, die wir am Friedenstische einnehmen müssen. (Sehr richtig.) Wir stehen vor harten und kühl rechnenden Feinden und haben ihnen gegenüber nur eine Waffe: Das ist die Berufung auf die Friedensgrundlagen, über die wir Anfang November, bevor wir unsere Waffen und unsere Glacis auslieferten, einig geworden sind. (Sehr richtig!) Einen Frieden, der sich von dieser Grundlage in einem wesentlichen Punkte entfernt, können wir nicht unterzeichnen! (Lebh. Beifall.) Die territorialen Forderungen der Gegner geben mir jetzt nur zu wenigen Bemerkungen Veranlassung. Erneut muß ich die deutsche Forderung anmelden, daß der elsaß-lothringischen Bevölkerung das Recht zuerkannt wird, über ihr künftiges Geschick durch unbeeinflußte Willensäußerung selbst zu bestimmen. (Lebh. Zustimmung.) Unsere Gegner sollten einsehen, daß die Art, wie Elsaß-Lothringen jetzt behandelt wird, für den künftigen Frieden Europas und der Welt ausschlaggebend ist. (Sehr richtig!) Es sollte aus einem Zankapfel ein Bindeglied zwischen den beiden großen Völkern werden, die künftig noch mehr als bisher auf gute Nachbarschaft angewiesen sind. (Wiederholte Zustimmung.)

Im Osten haben wir eine schwere Krise durchgemacht. Sie scheint vorläufig überwunden; denn die Entente hat sich bereit finden lassen, auf die Landung bei Danzig zu verzichten. Aber sie hat ihren Anspruch darauf in aller Form aufrecht erhalten, und es bedarf größter Wachsamkeit, damit die Forderung, die wir aus sachlichen und rechtlichen Gründen unbedingt ablehnen mußten, nicht wiederholt wird. (Beifall.) In der Frage Nordschleswigs haben sich die Dinge zugespitzt. (Hört! Hört!) Mehr oder weniger unzuständige Unterhändler Dänemarks suchen bei der Entente immer weitergehende Forderungen auf Kosten des geschwächten Deutschlands durchzusetzen. (Hört! Hört!) Eine skrupellose Agitation möchte den Hunger auch der Deutschen Mittelschleswigs zur Erpressung von Zustimmungserklärungen in dänischem Sinne ausbeuten. Diesen Machenschaften kann nicht scharf genug entgegengetreten werden. (Lebh. Zustimmung.) Einsichtige dänische Politiker sind sich darüber klar, wie schwer ihr Land unter einer deutschen Irredenta leiden müßte und wie trügerisch der Gewinn wäre, den Dänemark jetzt als Danaergeschenk der Entente davontragen könnte. (Sehr richtig!) Wenn die frühere deutsche Regierung im vergangenen Herbste erklärt hat, daß sie auch auf die streitigen nordschleswigschen Gebiete die Wilsonschen Grundsätze anzuwenden entschlossen sei, so hat sie dabei nur unzweifelhaft dänisch besiedelte Bezirke im Auge gehabt. (Sehr richtig!) Die Vorbereitungen für die Angliederung Deutsch-Oesterreichs sind inzwischen weitergeführt worden. Die österreichische Kommission unter Führung des berühmten Rechtsgelehrten Dr. Franz Klein ist bekannt, und auch die deutsche Kommission wird bald bekannt gegeben werden. Unterströmungen, die dem Zusammenschluß entgegenwirken, betreen mich nicht. Wir stehen vor einer historischen Entwicklung, die mit innerer Notwendigkeit ihren Lauf nimmt. Darum möchte ich davor warnen, diese Entwicklung zu überstürzen. Das ist nicht nötig. Es könnte schaden. Es genügt, wenn wir ruhig und sachlich an der Aufgabe fortarbeiten. (Bravo!)

Unsern Gegnern machen offenbar die finanziellen Forderungen mindestens ebenso große Schwierigkeiten wie die territorialen Forderungen. Das ist kein Wunder. Es ist erst recht ganz ausgeschlossen, die Frage der finanziellen Ansprüche an Deutschland ohne Verhandlung mit unseren Sachverständigen zu lösen. Wir sind bereit, am Friedenstische den Gegnern sowohl auf ihre Schadensforderungen wie auf ihre Fragen nach unserer Zahlungsfähigkeit mit voller Offenheit Rede und Antwort zu stehen. Es wird rascher zum Ziele führen, wenn sie mit uns verhandeln, als wenn sie von Woche zu Woche, von Monat zu Monat versuchen, untereinander über Sätze einig zu werden, die vor der Wirklichkeit die Probe doch nicht bestehen. (Sehr gut!) Unsere Gegner sollten die politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands bei ihren Berechnungen leidenschaftsloser ins Auge fassen. Sie können es nicht zerstückeln und lähmen und dabei gleichzeitig aus seiner Volkswirtschaft die gewaltigen Ueberschüsse herausziehen, die sie von ihm erwarten. (Zustimmung.) Nur ein wirtschaftlich erstarkendes Deutschland kann seinen bisherigen Feinden helfen, wirtschaftliche Schäden des Krieges wieder gut zu machen. (Wiederholte Zustimmung.) Dazu bedürfen wir der Freigabe des industriell und landwirtschaftlich so wichtigen Westens, der jetzt nicht nur vom Feinde besetzt, sondern entgegen dem Waffenstillstandsabkommen von dem übrigen Deutschland abgeschnürt ist. Wir bedürfen der schleunigen Aufhebung der Blockade, dieser grausamsten Maßregel, mit der man trotz Waffenstillstand weiter gegen uns Krieg führt. (Lebh. Zustimmung.) Wir brauchen endlich die Zuführung von Lebensmitteln unter Bedingungen, die uns ihren Ankauf überhaupt erst möglich machen. (Sehr wahr!) Wir verkennen nicht die hochherzige Gesinnung mancher, die sich um die Belieferung der Mittelmächte mit Lebensmitteln bemüht haben. Ganz besonders sind wir dem Papste dankbar, der noch in jüngster Zeit seinen Einfluß für eine schleunige Hilfe gegen die Hungersnot eingesetzt hat. (Lebh. Beifall.) Bei der Ausführung